

DOSSIER

#1 2026 | BEILAGE DES L'AKTUELL

OGB:L

ARMUT IN LUXEMBURG



einleit

Dossier #05 2023



ung

Am 8. Dezember letzten Jahres haben die Minister Hahn, Deprez und Meisch endlich den lang erwarteten Plan der Regierung zur Bekämpfung der Armut vorgestellt. Dieser Plan, der von Premierminister Frieren bei seinem Amtsantritt im Jahr 2023 als „oberste Priorität“ angekündigt worden war, sollte einen Wendepunkt im Kampf gegen die Armut in Luxemburg darstellen. „Sollte!“ Denn wie wir inzwischen wissen, wird dem nicht so sein. Geplante Maßnahmen sind zwar vorgesehen – insgesamt 106 an der Zahl. Aber die Quantität kann hier leider den gravierenden Mangel an Substanz nicht ausgleichen.

Zugegeben: Es wäre nicht ganz ehrlich, hier und da nicht einige interessante Vorschläge der Regierung anzuerkennen. Im Wesentlichen handelt es sich jedoch vor allem um administrative Vereinfachungen für die Antragsteller hinsichtlich der zu erledigenden Formalitäten. Abgesehen von einer Erhöhung des Kindergeldes, die ab ... 2027 (!) vorgesehen ist, sind wir weit entfernt von den Maßnahmen, die angesichts der zunehmenden Armut in unserem so reichen Land dringend erforderlich wären.

Die Bilanz ist in der Tat erschütternd: 17% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, Luxemburg hat außerdem die höchste Quote an *Working Poor* in der Europäischen Union, und Alleinerziehende, junge Menschen und ältere Menschen sind zunehmend von Prekarität bedroht.

In diesem Dossier wollten wir zunächst ein Bild der Armut in Luxemburg zeichnen, um deren Ausmaß zu verdeutlichen: von der anhaltenden Tendenz des Phänomens über den Skandal der *Working Poor*, den

unvermeidlichen Faktor Wohnen und die Auswirkungen der Armut auf die Gesundheit bis hin zu der versteckten Armut, die in den offiziellen Statistiken keine Erwähnung findet..

Schließlich schlagen wir auch einen eigenen Aktionsplan mit gezielten, konkreten Maßnahmen vor, mit denen Armut wirksam bekämpft werden könnte: durch eine strukturelle Aufwertung des gesetzlichen Mindestlohns, eine Erhöhung der Mindestrente, eine regelmäßige Anpassung des REVIS und des Einkommens für schwerbehinderte Menschen, eine automatische Anpassung der Teuerungszulage an die Lebenshaltungskosten, die Einführung eines universellen Zugangs zu Gesundheitsleistungen und die Umsetzung wirklicher Maßnahmen gegen prekäre Wohnverhältnisse.

Kurzum, ein umfassendes Programm!

Ungleichheit und Armut in Luxemburg

Ein anhaltender Trend

Obwohl Luxemburg das weltweit höchste Pro-Kopf-BIP aufweist, über einen relativ dynamischen Arbeitsmarkt verfügt und eine beneidenswerte Lebensqualität bietet, sind dort dennoch eine zunehmende Ungleichheit und eine stetig wachsende Armut zu beobachten. Wie das von der Arbeitnehmerkammer (CSL) jährlich veröffentlichte Sozialpanorama zeigt, nehmen die Unterschiede in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Zugang zu Ressourcen weiter zu, und Tausende von Einwohnern haben Mühe, einen angemessenen Lebensstandard aufrechtzuerhalten.

Die Einkommensunterschiede in Luxemburg nehmen in der Tat stetig zu. Die reichsten 20% der Bevölkerung verfügen derzeit über ein Einkommen, das 4,7-mal höher ist als das der ärmsten 20%. Dieses Verhältnis, das als S80/S20 bezeichnet wird, ist ein wichtiger Indikator für Einkommensunterschiede. Obwohl es 2024 im Vergleich zu 2023 leicht zurückgegangen ist, bleibt der langfristige Trend steigend, was eine strukturelle Vergrößerung der Einkommensunterschiede bestätigt.

Im Jahr 2019 verzeichnete Luxemburg übrigens das höchste S80/S20-Verhältnis seiner Geschichte (5,34) und gehörte damit zu den Ländern mit der größten Ungleichheit in der Eurozone. Und obwohl es seitdem leicht zurückgegangen ist, schneidet das Land im Vergleich zu seinen direkten Nachbarn Belgien, Deutschland oder Frankreich, wo die Einkommensunterschiede weniger ausgeprägt sind, weiterhin schlecht ab.

Dieser Trend wird auch durch den Gini-Koeffizienten bestätigt, der den Grad der Ungleichheit in der Einkommensverteilung

misst. In Luxemburg ist dieser Koeffizient seit Beginn der 2000er-Jahre strukturell gestiegen, mit Spitzenwerten in den Jahren 2019 und 2024. Obwohl er 2021 und 2022 leicht zurückgegangen ist, stieg er 2023 und 2024 wieder an, wodurch Luxemburg über dem Durchschnitt der Eurozone liegt. Das der CSL hebt hervor, dass dieser Anstieg der Ungleichheiten bei Menschen im erwerbsfähigen Alter (18–65 Jahre) besonders ausgeprägt ist.

Einkommensunterschiede sind auch je nach Haushaltssammensetzung zu beobachten. Alleinerziehende und kinderreiche Familien (mit drei oder mehr Kindern) haben ein Einkommen, das 20 bis 30% unter dem nationalen Durchschnitt liegt, und Alleinstehende, insbesondere ältere Frauen, sind ebenfalls besonders von prekären Lebensverhältnissen betroffen.

— Vermögens- und Steuerungleichheiten, die die Unterschiede verschärfen

Vermögensungleichheiten sind eine weitere Form der Ungleichheit, die oft weniger sichtbar, aber ebenso besorgniserregend ist. So beziehen in Luxemburg nur 35% der Haushalte Einkünfte aus ihrem Vermögen (Mieten, Dividenden, Zinsen), während die restlichen 65% davon ausgeschlossen sind. Unter den Haushalten, die über ein renditestarkes Vermögen verfügen, erzielen die reichsten 20% 20% ihres Einkommens aus ihrem Vermögen, die wohlhabendsten 10% 24% ihres Einkommens und die obersten 1% mehr als 50% ihres Einkommens.

Diese Konzentration des Reichtums ist eine der stärksten in Europa und hat sich seit den 2000er-Jahren noch verstärkt.



Die Vermögensungleichheiten werden auch durch ein für Kapitalbesitzer vorteilhaftes Steuersystem verstärkt. So werden durchschnittliche Dividendeneinkünfte mit 4,3% besteuert, während durchschnittliche Arbeitseinkünfte mit 31,4% besteuert werden. Luxemburg ist nach Chile das OECD-Land mit der zweitgrößten Steuerlücke zwischen Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen. Diese steuerliche Verzerrung begünstigt die Anhäufung von Vermögen durch die wohlhabendsten Haushalte und erhöht gleichzeitig die Steuerbelastung für Arbeitseinkommen, von der vor allem die Mittel- und Unterschicht betroffen ist.

Die Ungleichheiten zeigen sich auch in der Sparfähigkeit. Die 20% der wohlhabendsten Haushalte haben eine mittlere Sparquote von fast 50% ihres verfügbaren Einkommens. Die 20% der Haushalte mit dem geringsten Einkommen weisen hingegen eine negative Sparquote (-4,5%) auf, was bedeutet, dass sie mehr ausgeben, als sie verdienen, und sich verschulden, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Von diesem „Entsparen“ sind fast 27% der luxemburgischen Haushalte betroffen, eine Zahl, die



nahe am europäischen Durchschnitt liegt, aber eine sehr reale finanzielle Unsicherheit für einen bedeutenden Teil der Bevölkerung offenbart.

— Ein besorgniserregender Anstieg der Armut

Trotz seines Reichtums ist Luxemburg von Armut keineswegs verschont geblieben. Im Jahr 2024 waren 17% der Bevölkerung von Armut bedroht, eine Zahl, die seit Beginn der 2000er-Jahre stetig gestiegen ist. Damit liegt Luxemburg über dem Durchschnitt der Eurozone und weit entfernt von seinen Nachbarn wie Belgien oder Frankreich, wo das Armutsrisiko geringer ist. Das hebt auch hervor, dass dieser Anstieg besonders ausgeprägt bei Familien mit Kindern, Jugendlichen und alleinlebenden älteren Menschen ist.

Zu den am stärksten betroffenen Gruppen zählen Alleinerziehende mit einer Armutsgefährdungsquote von 31,8%, kinderreiche Familien (mit drei oder mehr Kindern), bei denen die Armutsgefährdungsquote 38,5% erreicht, und junge Menschen unter 30

Jahren, von denen fast 20% unterhalb der Armutsgrenze leben.

Historisch gesehen haben Sozialtransfers (Familienzulagen, Renten, verschiedene Beihilfen) eine Schlüsselrolle bei der Armutsbekämpfung in Luxemburg gespielt. Seit einigen Jahren nimmt ihre Wirksamkeit jedoch ab. Während Sozialtransfers und Renten im Jahr 2020 noch zu einer Senkung der Armutsgefährdungsquote um 30 Punkte führten, betrug diese Senkung im Jahr 2024 nur noch 22,4 Punkte. Dieser Rückgang ist einer der stärksten in der Eurozone und lässt Luxemburg in Bezug auf die Wirksamkeit seines Umverteilungssystems auf den letzten Platz zurückfallen. Das stellt fest, dass dieser Rückgang besonders besorgniserregend ist, da er bedeutet, dass die nationalen Solidaritätsmechanismen immer weniger zum Schutz der Schwächsten beitragen.

Armut ist für die Betroffenen auch nicht immer nur ein vorübergehendes Phänomen. In Luxemburg leben 6,1% der Bevölkerung in anhaltender Armut, da sie mindestens zwei von drei Jahren unterhalb der

Armutsgrenze bleiben. Diese Zahl zeigt, dass für Tausende von Einwohnern Prekarität eine dauerhafte Realität und nicht nur eine vorübergehende Situation ist. Am stärksten von dieser anhaltenden Armut betroffen sind Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und alleinstehende ältere Menschen.

Schließlich ist anzumerken, dass Ungleichheiten nicht alle Altersgruppen gleichermaßen betreffen. Junge Menschen (18–29 Jahre) sind aufgrund prekärer Beschäftigungsverhältnisse, niedriger Löhne und Schwierigkeiten beim Zugang zu eigenständigem Wohnraum einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als der nationale Durchschnitt. Auch die Situation von Menschen über 65 Jahren verschlechtert sich, insbesondere von denen, die allein leben oder nur über eine geringe Rente verfügen – ihr Armutsrisiko ist seit 2010 deutlich gestiegen.

Arbeit schützt nicht mehr vor Armut

Der Skandal der *Working Poor*

Als *Working Poor* bezeichnet man Personen, die trotz einer Beschäftigung ein Einkommen erzielen, das nicht ausreicht, um dem Armutsrisko zu entgehen. In Luxemburg sind mittlerweile 14% der Arbeitnehmer von diesem Phänomen betroffen. Dies ist die höchste Quote in der Eurozone, weit vor Ländern wie Spanien oder Italien.

Die *Working Poor* bilden jedoch keine homogene Gruppe. Man unterscheidet verschiedene Profile:

- Teilzeitbeschäftigte, häufig Frauen oder junge Menschen, deren Einkommen nicht ausreicht, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.
- Arbeitnehmer, die den sozialen Mindestlohn (SSM) erhalten und deren Nettoeinkommen unterhalb der Armutgefährdungsschwelle für Alleinstehende liegt.
- Prekär beschäftigte Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen oder Leiharbeitsverträgen, die unter chronischer finanzieller Instabilität leiden.
- Beschäftigte in schlecht bezahlten Branchen wie dem Gastgewerbe, dem Handel oder der Landwirtschaft, in denen die Löhne strukturell niedrig sind.

Seit 2010 ist die Armutgefährdungsquote unter Erwerbstägigen in Luxemburg um durchschnittlich 1,7% pro Jahr gestiegen, was einen der höchsten Anstiege in der Eurozone darstellt. Im Gegensatz dazu ist es Ländern wie Belgien oder Deutschland gelungen, diese Quote zu stabilisieren oder sogar zu senken.

Nach Angaben der Arbeitnehmerkammer lässt sich dieser Trend in Luxemburg hauptsächlich durch drei Faktoren erklären:

- Stagnierende Löhne für gering qualifizierte Arbeitsplätze bei gleichzeitig stei-

genden Lebenshaltungskosten – trotz des Lohnindexierungssystems.

- Die Prekarisierung der Arbeitsverträge mit einer Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse (unfreiwillige Teilzeitarbeit, Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge).
- Die Unangemessenheit des gesetzlichen Mindestlohns, dessen Nettogehalt weiterhin unterhalb der Armutsgrenze liegt.

Der gesetzliche Mindestlohn: Ein unzuverlässiges Sicherheitsnetz

Im Jahr 2024 verfügte ein Arbeitnehmer, der nach dem Mindestlohn bezahlt wurde, Vollzeit arbeitete und allein lebte, über ein Nettoeinkommen, das 11,2% unter der Armutgefährdungsschwelle lag. Mit anderen Worten: Selbst mit einer Vollzeitstelle verdienten diese Arbeitnehmer nicht genug, um der Prekarität zu entkommen.

Das hebt hervor, dass der SSM im Laufe der Jahre an Kaufkraft verloren hat. Zwischen 2010 und 2023 stieg die Kaufkraft der Niedrigverdiener (S20) nur um 10,8%, gegenüber 11,8% bei den Spitzenverdienern (S95). Diese Diskrepanz vertieft die Ungleichheiten und verschärft die Situation der am schlechtesten bezahlten Arbeitnehmer.

In bestimmten Branchen ist ein großer Teil der Arbeitnehmer von Armut betroffen:

- Das Gastgewerbe, wo 50,6% der Beschäftigten in der Nähe des Mindestlohns bezahlt werden.
- Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei mit 41,7% der betroffenen Arbeitnehmer.
- Der Handel, wo 29,4% der Beschäftigten

einen Lohn nahe dem gesetzlichen Mindestlohn erhalten.

Diese Zahlen zeigen eine duale Wirtschaft, in der bestimmte Sektoren florieren, während andere ihre Beschäftigten in prekären Verhältnissen halten.

Teilzeit und prekäre Arbeitsverhältnisse

Es überrascht nicht, dass Teilzeitbeschäftigte unter den *Working Poor* überrepräsentiert sind. Ihr Einkommen, das oft durch Sozialleistungen ergänzt wird, reicht dennoch nicht aus, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. Das zeigt, dass diese Arbeitnehmer dreimal häufiger von Armut bedroht sind als Vollzeitbeschäftigte.

Teilzeitarbeit wird oft erzwungen, insbesondere bei Frauen und jungen Menschen. So arbeiteten im Jahr 2024 in Luxemburg 35,4% der Frauen zwischen 25 und 54 Jahren mit Kindern in Teilzeit, gegenüber nur 5% der Männer. Frauen sind daher die ersten Opfer von Teilzeitarbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Luxemburg verzeichnet auch einen Anstieg prekärer Arbeitsverträge. So machen zeitlich befristete Arbeitsplätze einen wachsenden Anteil des Arbeitsmarktes aus. Gleichzeitig nimmt Leiharbeit auch zu, und es gibt immer mehr Arbeitnehmer, die mehrere Jobs haben, um über die Runden zu kommen.

Diese prekären Arbeitsplätze gehen oft mit schwierigen Arbeitsbedingungen einher, darunter: unregelmäßige Arbeitszeiten (Nacharbeit, Wochenendarbeit), die das Familien- und Sozialleben beeinträchtigen; mangelnde Arbeitsplatzsicherheit mit befristeten Verträgen, die beliebig oft



verlängert werden können, und fehlender sozialer Absicherung, insbesondere im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit.

Die Unsicherheit der Verträge erhöht natürlich das Risiko, in Armut zu geraten. Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen oder Leiharbeiter haben weniger Zugang zu Fortbildungen und beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten. Ihr unregelmäßiges Einkommen hindert sie daran, zu sparen oder in ihre Zukunft zu investieren. Außerdem sind sie stärker von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht, was ihre finanzielle Situation noch verschlimmert.

Die prekäre Lage der Arbeitnehmer verschärft natürlich die Ungleichheiten in Luxemburg und schwächt den sozialen Zusammenhalt im Land. Es ist auch anzumerken, dass das immer stärker werdende Phänomen der *Working Poor* natürlich auch die nationale Wirtschaft belastet und somit das Wachstum einschränkt, da die begrenzte Kaufkraft die Konsumfähigkeit der *Working Poor* verringert.

Luxemburg zieht zwar dank seiner hohen Löhne viele ausländische Arbeitnehmer an, aber wenn ein wachsender Teil der Erwerbsbevölkerung in prekären Verhältnissen lebt, könnte die Attraktivität des Landes langfristig darunter leiden•



Die Armut unter Rentnern hat sich innerhalb von zehn Jahren mehr als verdoppelt

Die Armutgefährdungsquote unter Rentnern hat sich in Luxemburg seit Anfang 2010 mehr als verdoppelt, von 3,9% im Jahr 2011 auf 10,7% im Jahr 2023. Zwar ist der Anstieg der Armutssquote unter Rentnern kein Phänomen, das nur in Luxemburg auftritt, doch ist es alarmierend, dass der Anstieg in Luxemburg stärker war als in den Nachbarländern, aber auch als im Durchschnitt der Eurozone und der Europäischen Union.

Wohnen: Ein entscheidender Faktor für Prekarität

Luxemburg zeichnet sich durch einen angespannten Immobilienmarkt aus, auf dem die Preise für Wohnraum – sowohl für Kauf als auch für Miete – in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen sind. Diese Dynamik hat in Verbindung mit stagnierenden Einkommen für einen Teil der Bevölkerung dazu geführt, dass Wohnraum zu einem wichtigen Faktor für Ungleichheiten geworden ist.

Im Jahr 2024 gaben 8% der luxemburgischen Haushalte mehr als 40% ihres verfügbaren Einkommens für Wohnraum aus – ein Wert, mit dem Luxemburg über dem europäischen Durchschnitt liegt. Hinter dieser Zahl verbirgt sich jedoch eine weitaus alarmierendere Realität: 30% der ärmsten Haushalte sind von dieser Überlastung betroffen, also fast ein Drittel der Haushalte mit dem geringsten Einkommen. Dieser Anteil ist einer der höchsten in der Eurozone und offenbart eine soziale Kluft zwischen denen, die sich eine angemessene Wohnung leisten können, und denen, die Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen. Mieter sind hier besonders gefährdet. Im Jahr 2024 gaben sie durchschnittlich 27% ihres verfügbaren Einkommens für die Zahlung ihrer Miete aus – ein Wert, der weit über dem europäischen Durchschnitt liegt.

Dieser finanzielle Druck hat direkte Auswirkungen auf den Lebensstandard der einkommensschwächsten Haushalte. Wie im hervorgehoben wird, „schränkt die Belastung durch Wohnkosten im Budget einkommensschwächer Haushalte deren Fähigkeit ein, andere Grundbedürfnisse wie Ernährung, Gesundheit oder Bildung zu decken“. Diese Situation verschärft

die prekäre Lage und verringert den Spielraum, um unvorhergesehene Ereignisse zu bewältigen.

— Eine Ausgabe, die für Haushalte stark ins Gewicht fällt

Der Zusammenhang zwischen Wohnkosten und Armut ist eindeutig und gut dokumentiert. In Luxemburg ist das Armutsrisko bei Mietern deutlich höher als bei Eigentümern. Im Jahr 2024 waren 29,7% der Mieter diesem Risiko ausgesetzt, gegenüber nur 10,3% der Eigentümer.

Mieterhaushalte, oft junge Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund, sind daher unter den von Armut bedrohten Bevölkerungsgruppen überrepräsentiert. Ihr ohnehin schon geringes verfügbares Einkommen wird durch hohe Mieten weiter geschmälert, wodurch sie in eine Situation erhöhter Gefährdung geraten. Wohnen ist zu einem so hohen Ausgabenposten geworden, dass es die Fähigkeit der Haushalte einschränkt, zu sparen oder in ihre Zukunft zu investieren. Diese prekäre Mietlage ist umso problematischer, als der Bestand an Sozialwohnungen zwar vorhanden ist, aber nicht ausreicht, um die Nachfrage zu decken. Die Wartelisten für Sozialwohnungen werden immer länger, sodass viele Haushalte keine bezahlbare Lösung finden.

Familien mit Kindern, insbesondere Alleinerziehende, sind davon besonders betroffen. Im Jahr 2024 lebten 31,8% der Alleinerziehenden und 38,5% der kinderreichen Familien (mit drei oder mehr Kindern) unterhalb der Armutsgrenze. Für diese Haushalte stellte die Wohnung oft die



größte Ausgabe dar, wodurch ihr Zugang zu anderen wichtigen Gütern und Dienstleistungen eingeschränkt war.

Das betont, dass „die Anwesenheit von Kindern die finanzielle Gefährdung von Haushalten verschärft, insbesondere aufgrund der Wohnkosten“.

Familien müssen oft zwischen einer angemessenen Wohnung und anderen unvermeidbaren Ausgaben wie Kinderbetreuungskosten oder außerschulischen Aktivitäten wählen.

— Ein unterschiedlicher Trend in Europa

Während in den meisten europäischen Ländern der Anteil der Haushalte, die mehr



als 40% ihres Einkommens für Wohnkosten aufzuwenden, zurückgeht, bildet Luxemburg eine Ausnahme. Seit 2010 ist dieser Anteil kontinuierlich gestiegen und erreichte 2023 einen Höchststand, bevor er 2024 leicht zurückging. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zu der seiner Nachbarländer wie Frankreich oder Belgien, wo Mietregulierungspolitik und Wohnbeihilfen dazu beigetragen haben, den Druck auf die Haushalte zu begrenzen.

Luxemburg gehört übrigens zu den Ländern, in denen die Wohnkosten das Haushaltsbudget am stärksten belasten, insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen.

Diese Situation hat Auswirkungen, die weit über das reine Haushaltsbudget hinausge-



hen. Sie verschärft Ungleichheiten, schränkt die soziale Mobilität ein und kann sogar die Attraktivität des Landes für weniger qualifizierte Arbeitnehmer beeinträchtigen.

— Eine Frage der sozialen Gerechtigkeit

Die Feststellung ist eindeutig: In Luxemburg ist Wohnen zu einem wichtigen Faktor für Armut und Ausgrenzung geworden, und ein wachsender Teil der Bevölkerung hat Schwierigkeiten, eine angemessene Wohnung zu finden.

Die Daten des Sozialpanoramas 2025 sollten als Alarmsignal dienen. Wohnen ist ein unvermeidbarer Ausgabenposten, der Ungleich-

heiten verdeutlicht und sichtbar macht.

In einer Zeit, in der Luxemburg weiterhin Arbeitnehmer und Investoren anzieht, wird die Frage des bezahlbaren Wohnraums zu einer strategischen Herausforderung. Ohne eine entschlossene Politik zur Begrenzung der Spekulation, zum Ausbau des sozialen Wohnungsbestands und zum Schutz der Mieter besteht die große Gefahr, dass sich die sozialen Gräben weiter vertiefen.

Die Wohnkosten in Luxemburg verschärfen die Armut, und Armut schränkt den Zugang zu angemessenem Wohnraum ein. Ein Teufelskreis, der dringend durchbrochen werden muss. •

Der Preis sozialer Ungleichheit: die Gesundheit



Armut hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesundheit Tausender Einwohner. Soziale Ungleichheiten wirken sich nämlich auf den Gesundheitszustand, den Zugang zu medizinischer Versorgung und sogar auf die Lebenserwartung aus. Menschen in prekären Lebensverhältnissen geben häufiger einen schlechten Gesundheitszustand an, verzichten aus finanziellen Gründen häufiger auf medizinische Versorgung und leben weniger lange bei guter Gesundheit als der Rest der Bevölkerung.

Die Daten des *Sozialpanoramas 2025* der CSL zeigen zunächst einmal eine auffällige Diskrepanz in der Wahrnehmung des Gesundheitszustands je nach sozioökonomischem Status. Im Jahr 2024 gaben 6,2% der luxemburgischen Bevölkerung an, sich in einem schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand zu befinden. Hinter diesem Durchschnittswert verborgen sich jedoch tiefgreifende Unterschiede:

- Arbeitslose geben dreimal häufiger (18%) einen schlechten Gesundheitszustand an als Erwerbstätige (4,5%).
- Rentner und Nichterwerbstätige (Arbeitslose ausgenommen) weisen ebenfalls hohe Quoten von rund 10% auf.
- Menschen unterhalb der Armutsgrenze sind überproportional stark unter denen vertreten, die ihren Gesundheitszustand als mittelmäßig oder schlecht einschätzen.

Diese Zahlen zeigen, dass wirtschaftliche Unsicherheit auch zu gesundheitlicher Unsicherheit führt. Mehrere Faktoren erklären diesen Zusammenhang:

- Chronischer finanzieller Stress, der mit der Schwierigkeit verbunden ist, über die Runden zu kommen, hat direkte Auswir-

kungen auf die geistige und körperliche Gesundheit.

→ Schwierige Lebensbedingungen (unhygienische Wohnverhältnisse, unausgewogene Ernährung, fehlende Heizung) verschlimmern Gesundheitsprobleme.

→ Der eingeschränkte Zugang zu Vorsorgemaßnahmen (Vorsorgeuntersuchungen, medizinische Nachsorge) führt zu einer schnelleren Verschlechterung des Gesundheitszustands.

→ Menschen in prekären Lebensverhältnissen sind stärker von Krankheiten betroffen, die mit Risikoverhalten (Rauchen, schlechte Ernährung, Bewegungsman gel) zusammenhängen.

Das betont insbesondere, dass Ungleichheiten im Gesundheitsbereich kein unabwendbares Schicksal sind, sondern das Ergebnis sozialer Determinanten, die die Schwächsten belasten.

— Zugang zu Gesundheitsversorgung: Ein theoretisches Recht, eine ungleiche Realität

Im Jahr 2024 gaben 3% der luxemburgischen Bevölkerung an, dass ihre medizinischen Bedürfnisse nicht erfüllt sind. Diese Zahl mag gering erscheinen, verbirgt jedoch erneut eine für Haushalte mit geringem Einkommen weitaus besorgniserregendere Realität.

So sind Arbeitslose doppelt so häufig betroffen (6%) wie der Durchschnitt, Menschen unterhalb der Armutsgrenze verzichten häufiger aus finanziellen Gründen auf medizinische Versorgung, und Rentner sowie Nichterwerbstätige sind überproportional stark unter denen vertreten, die Arzttermine verschieben oder absagen.

Die Kosten für die medizinische Versorgung werden als Hauptgrund für den Verzicht genannt, insbesondere bei Arbeitslosen und Rentnern.

Das stellt außerdem fest, dass „Zeiten der Wirtschafts- oder Gesundheitskrise diese Ungleichheiten verstärken und sich stärker auf die schwächsten Bevölkerungsgruppen auswirken“.

Der Zugang zu zahnärztlicher Versorgung

ist besonders ungleich: 41,4% der Alleinerziehenden geben an, dass sie unerwartete Zahnarztkosten nicht bezahlen können, und Arbeitslose verzichten dreimal häufiger als Erwerbstätige aus finanziellen Gründen auf zahnärztliche Behandlungen.

— Gesunde Lebenserwartung und psychische Gesundheit

Im Jahr 2023 lag die gesunde Lebenserwartung bei Geburt in Luxemburg bei 60 Jahren. Damit lag das Land unter dem europäischen Durchschnitt (63 Jahre) und weit hinter seinen Nachbarn zurück: 64 Jahre in Belgien und Frankreich, 62,5 Jahre in Deutschland.

Europäische Daten zeigen, dass Menschen in prekären Lebensverhältnissen weniger lange und weniger gesund leben. Dieser Zusammenhang lässt sich auch in Luxemburg beobachten:

- Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen (14% der Beschäftigten) haben eine unterdurchschnittliche Lebenserwartung bei guter Gesundheit.
- Langzeitarbeitslose leiden unter einer überdurchschnittlich schnellen Verschlechterung ihres Gesundheitszustands.
- Alleinerziehende Familien, die häufig von Armut betroffen sind, sind mit einer Vielzahl von Risikofaktoren konfrontiert (Stress, Zeitmangel, Verzicht auf Gesundheitsversorgung)

Das zeigt zudem erhebliche Unterschiede im Bereich der psychischen Gesundheit auf:

- Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen (Leiharbeitskräfte, befristete Arbeitsverträge, unfreiwillige Teilzeitarbeit) geben an, aufgrund ihrer beruflichen Situation unter mehr Stress und Ängsten zu leiden.
- Arbeitslose leiden häufiger unter Depressionen und Angststörungen als Erwerbstätige.

Frauen sind aufgrund der doppelten Belastung durch Familie und Beruf stärker von psychischen Problemen betroffen.

Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen prekären Lebensverhältnissen und dem Konsum von Tabak, Alkohol oder anderen Substanzen:

→ Raucher sind unter den erwerbstätigen Armen und Arbeitslosen überrepräsentiert.

→ Der Alkoholkonsum ist bei Männern in prekären Lebensverhältnissen höher.

Menschen mit niedrigem Einkommen sind häufiger von substanzbezogenen Störungen betroffen. Diese Verhaltensweisen, die oft mit Stress und Ängsten zusammenhängen, verschlimmern Gesundheitsprobleme und führen zu einem Teufelskreis, der nur schwer zu durchbrechen ist.

Luxemburg verfügt zwar über eines der leistungsfähigsten Gesundheitssysteme Europas mit einer universellen Versorgung und hohen Erstattungen. Dennoch bestehen weiterhin Ungleichheiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Zum Vergleich: Die CSL stellt fest, dass es Frankreich und Belgien besser gelingt, die Gesundheitsunterschiede zwischen Arm und Reich zu verringern, dass Deutschland eine höhere Lebenserwartung bei guter Gesundheit aufweist und dass die nordischen Länder (Schweden, Dänemark) zeigen, dass eine größere soziale Gleichheit zu einer besseren Gesundheit für alle führt.

Es scheint also, dass Armut mit Lebensjahren und Leiden bezahlt wird. Soziale Ungleichheiten beschränken sich nicht nur auf Einkommen oder Beschäftigung – sie wirken sich direkt auf die Gesundheit aus und vertiefen die Kluft zwischen denen, die sich medizinisch versorgen lassen können, und denen, die darauf verzichten müssen.

In einem so reichen Land wie Luxemburg sollte niemand zwischen medizinischer Versorgung und der Bezahlung seiner Miete, zwischen dem Kauf von Medikamenten und der Ernährung seiner Familie wählen müssen. Dennoch sind heute Tausende von Einwohnern mit diesem Dilemma konfrontiert.

Versteckte Armut in Luxemburg

Laut dem *Sozialpanorama 2025* der Arbeitnehmerkammer leben Tausende Menschen in Luxemburg in unsichtbarer Armut, die in den offiziellen Statistiken nicht erfasst wird und in der öffentlichen Debatte oft ignoriert wird.

Versteckte Armut bezeichnet Situationen der Prekarität, die sich den traditionellen Indikatoren wie der Armutgefährdungsquote oder dem Medianeinkommen entziehen. Sie betrifft Menschen, die zwar offiziell nicht unterhalb der Armutsgrenze „Armutgefährdungsschwelle“ leben, aber täglich darum kämpfen, ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu decken. Diese Menschen und Familien werden in den offiziellen Zahlen nicht erfasst, aber ihre Realität ist sehr greifbar: Sie sind auf Sozialläden angewiesen, abhängig von Soforthilfen und kämpfen täglich ums Überleben.

Das *Sozialpanorama 2025* betont, dass diese versteckte Armut unterschätzt wird, da sie nicht immer sichtbar ist. Sie betrifft insbesondere:

- Obdachlose, die oft aus statistischen Erhebungen ausgeschlossen werden.
- Alleinerziehende oder kinderreiche Familien, die Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen.
- Isolierte ältere Menschen, deren Renten nicht ausreichen, um die Inflation und unvorhergesehene Ausgaben zu bewältigen.
- Jugendliche, die aus familiären oder schulischen Verhältnissen ausbrechen und dank informeller Netzwerke überleben.

Mehrere Faktoren erklären die Unsichtbarkeit dieser prekären Lage. Erstens erfassen

Umfragen wie SILC (*Statistics on Income and Living Conditions*) nicht immer die prekärsten Situationen, insbesondere die von Obdachlosen oder Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung. Zweitens vermeiden es viele Menschen in versteckter Armut, sich zu offenbaren, aus Angst vor Vorurteilen oder dem Verlust ihrer Würde. Schließlich werden bestimmte Formen der Prekarität, wie schlechte Wohnverhältnisse oder chronische Verschuldung, nicht systematisch gemessen.

Das *Sozialpanorama 2025* stellt in diesem Zusammenhang fest, dass „versteckte Armut eine vielschichtige Realität ist, die sich je nach Person und Kontext unterschiedlich manifestiert, aber immer denselben gemeinsamen Nenner hat: den täglichen Kampf ums Überleben in einer Umgebung, in der alles zugänglich scheint ... außer für sie.“

— Die Gesichter der versteckten Armut

Obdachlose gehören zu den unsichtbaren Menschen. Das *Sozialpanorama 2025* zeigt, dass Notunterkünfte und Obdachlosenheime insbesondere in den Wintermonaten zunehmend frequentiert werden. Die „*Wanteraktioun*“ beispielsweise, die Obdachlosen Unterkunft und warme Mahlzeiten bietet, verzeichnete 2023–2024 einen Besucherrekord. Allerdings spiegeln diese Zahlen wiederum nur einen Teil der Realität wider, da viele Obdachlose aus Unkenntnis, Misstrauen oder weil sie lieber auf der Straße leben, gar nicht erst zu den Hilfseinrichtungen kommen. Dann sind da noch die Familien, insbesondere Alleinerziehende und kinderreiche Fam-

lien. So ist beispielsweise bekannt, dass 31,8% der Alleinerziehenden unterhalb der Armutsgrenze leben. Weniger bekannt ist jedoch, dass die Sozialläden, die Produkte zu reduzierten Preisen anbieten, einen explosionsartigen Anstieg ihrer Besucherzahlen verzeichnen.

Die von den Sozialämtern verteilten Lebensmittelhilfen machen 85% der gesamten Haushaltshilfen aus, ein Zeichen dafür, dass viele Familien Schwierigkeiten haben, sich ausreichend zu ernähren. Diese Zahlen zeigen eine strukturelle Prekarität, von der insbesondere Kinder betroffen sind, denen ausgewogene Mahlzeiten, neue Kleidung oder außerschulische Aktivitäten vorenthalten bleiben.

Senioren, insbesondere Alleinstehende, sind eine weitere Gruppe, die von versteckter Armut betroffen ist. Ihre Renten liegen zwar oft über der Armutsgrenze, reichen jedoch nicht immer aus, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, insbesondere wenn unerwartete medizinische Ausgaben anfallen. Viele von ihnen verzichten aus Geldmangel darauf, ihre Wohnungen ausreichend zu heizen, sich medizinisch versorgen zu lassen oder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Schließlich sind auch junge Menschen, in familiären oder schulischen Krisensituationen von versteckter Armut betroffen. Ohne finanzielle oder soziale Unterstützung überleben sie oft dank informeller Netzwerke oder punktueller Hilfen. Ihre Situation ist umso besorgniserregender, als sie dadurch einem erhöhten Risiko der Marginalisierung oder sozialen Ausgrenzung ausgesetzt sein können.

— Überlebensmechanismen

Menschen, die in versteckter Armut leben, sind oft auf informelle Hilfsnetzwerke oder Wohltätigkeitsorganisationen angewiesen. Im Jahr 2024 haben die 30 Sozialämter nicht rückzahlbare Beihilfen in ständig steigender Höhe ausgezahlt. Zwischen 2023 und 2024 stiegen diese Hilfen um 13% und deckten Grundbedürfnisse wie Strom, Wasser, Lebensmittel oder medizinische Kosten. Die Zunahme von Sozialläden seit 2009 zeugt ebenfalls von einem wachsenden Bedarf. Diese ermöglichen Tausenden von Menschen den Zugang zu Grundnahrungsmitteln zu reduzierten Preisen. Die ganzjährig geöffneten Notunterkünfte, die Menschen in Not aufnehmen, verzeichneten 2024 eine durchschnittliche Auslastung von über 80%. Auch die Aufenthaltsdauer verlängerte sich.

Um zu überleben, sind Menschen in versteckter Armut oft gezwungen, auf grundlegende Ausgaben zu verzichten: Sie verzichten auf Heizung, um Energiekosten zu sparen, sie verschieben oder stornieren Arzttermine aus Geldmangel, sie kaufen minderwertige Lebensmittel, die zwar billiger, aber auch weniger nahrhaft sind, und sie verzichten auf Freizeitaktivitäten, Kultur oder Ausflüge, was ihre soziale Isolation noch verstärkt.

Versteckte Armut geht oft mit einem Gefühl der Scham und der Angst vor Verurteilung einher. Viele Betroffene vermeiden es, Hilfe zu suchen, aus Angst, ihre Würde zu verlieren oder stigmatisiert zu werden. Diese Scham treibt sie dazu, sich zu verstecken, ihre Schwierigkeiten herunterzuspielen und in Isolation zu leben, was ihre Situation noch verschlimmert.

— Das Ausmaß des Phänomens

Die vom *Sozialpanorama 2025* veröffentlichten Zahlen zeigen das Ausmaß des Phänomens:

- Die Höhe der von den Sozialämtern gezahlten nicht rückzahlbaren Beihilfen stieg zwischen 2022 und 2023 um 7% und zwischen 2023 und 2024 um 13%.
- Die Besucherzahlen der Sozialläden

haben sich seit ihrer Gründung mehr als verdoppelt, von 4.182 Begünstigten auf fast 11.000 im Jahr 2024.

- Die „Wanteraktiouen“ verzeichnete 2023–2024 eine Rekordzahl von 1.890 Personen, die in ihren Einrichtungen Zuflucht gefunden haben.

Das *Sozialpanorama 2025* betont auch, dass versteckte Armut kein vorübergehendes Phänomen ist, sondern eine Realität, die sich etabliert:

- Die Aufenthalte in Notunterkünften haben sich von 5,5 Wochen im Jahr 2010 auf über 15 Wochen im Jahr 2024 verlängert.
- Die Inanspruchnahme von Lebensmittelhilfe ist für viele Familien, die langfristig davon abhängig sind, zu einer struktu-

rellen Notwendigkeit geworden.

- Die Situation isolierter älterer Menschen hat sich mit zunehmendem Alter verschlechtert, ohne dass eine Besserung in Sicht wäre.

Diese Daten zeigen eine auffällige Diskrepanz zwischen dem Bild eines reichen und prosperierenden Luxemburgs und der Realität, die ein Teil seiner Bevölkerung erlebt.

Die versteckte Armut in Luxemburg ist eine unsichtbare, aber sehr reale Tatssache. Sie betrifft Tausende von Menschen – Obdachlose, Alleinerziehende, isolierte ältere Menschen, Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen –, die jeden Tag ums Überleben kämpfen•



Der Aktionsplan der Gewerkschaften gegen Armut

Die Schlussfolgerung dieses Dossiers ist eindeutig: Die im nationalen Aktionsplan der Regierung zur Bekämpfung der Armut vorgesehenen Maßnahmen reichen nicht aus, um die zunehmende Armut und soziale Notlage, von der ein wachsender Teil der Bevölkerung betroffen ist, wirksam zu bekämpfen. Angesichts dieser Situation formuliert der OGBL mehrere vorrangige Forderungen, die dringend umgesetzt werden müssen, um die Armut nachhaltig zu bekämpfen.

— Für eine strukturelle Aufwertung des gesetzlichen Mindestlohns

Der gesetzliche Mindestlohn ist ein grundlegender Pfeiler des luxemburgischen Sozialmodells. Er legt das obligatorische Mindestlohniveau fest und spielt eine zentrale Rolle im Kampf gegen Sozialdumping und unlauteren Wettbewerb zwischen Unternehmen. Die Statistiken zeigen jedoch deutlich, dass er heute nicht mehr ausreicht, um das Armutsrisiko zu verhindern.

Nach den neuesten Zahlen von Eurostat galten 2024 13,4% der Erwerbstätigen in Luxemburg als „Working Poor“, eine Quote, die deutlich über der der Nachbarländer Belgien (4,3%), Deutschland (6,5%) und Frankreich (8,3%) sowie über dem Durchschnitt der Eurozone (8,2%) liegt. Nach Ansicht des OGBL hält Luxemburg weder die europäische Säule sozialer Rechte noch die europäische Richtlinie über angemessene Mindestlöhne ein. Tatsächlich erreicht der luxemburgische Mindestlohn keinen der Referenzwerte: weder 50% des Durchschnittslohns, noch 60% des Medianlohns, noch die Armutsgrenze, noch das vom Statec festgelegte Referenzbudget.

Der OGBL fordert daher eine sofortige strukturelle Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns um 10%, um sich diesen Kri-



terien anzunähern. Steuerliche Maßnahmen, die ausschließlich auf eine Erhöhung des Nettoeinkommens abzielen, können eine strukturelle Aufwertung des Bruttomindestlohns nicht ersetzen.

— Für eine Erhöhung der Mindestrente

Aktuelle Daten des Familienministeriums zeigen einen stetigen Anstieg der Zahl älterer Menschen unter den Empfängern der Teuerungszulage und der Energieprämie.

Es wird immer deutlicher, dass eine Mindestrente selbst nach einer vollständigen Berufslaufbahn von 40 oder mehr Jahren einem Alleinstehenden kein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Auch 40 Jahre Rentenversicherung reichen nicht aus, um allen älteren

Menschen ein Einkommen zu garantieren, das über der Armutsgrenze liegt.

Die Höhe der Mindestrente ist daher strukturell zu niedrig und muss erheblich angehoben werden, um mittelfristig das Referenzbudget zu erreichen. Diese Notwendigkeit ist umso dringlicher, weil die Bruttomindestrente seit 2006 um 2,6% hinter der Anpassung des Mindestlohns zurückbleibt. Eine strukturelle Erhöhung der Bruttomindestrente um 10% würde nur einen Anstieg der gesamten Rentenausgaben um etwa 0,3% bedeuten, aber eine erhebliche Verbesserung für die am stärksten benachteiligten Rentner darstellen. Eine solche Maßnahme würde auch dazu beitragen, die Ungleichheiten zwischen männlichen und weiblichen Rentnern zu verringern, da letztere bei einer nicht-migratorische Karriere im Durchschnitt eine



um 43% niedrigere Rente erhalten („gender pension gap“). Vor diesem Hintergrund versteht der OGBL nicht, warum die Regierung diese Ausrichtung im Rahmen der jüngsten Rentenreform nicht berücksichtigt hat.

— Regelmäßige Anpassung des REVIS und des Einkommens für schwerbehinderte Personen

Wie beim Mindestlohn und der Mindestrente reicht auch die derzeitige Höhe der REVIS nicht aus, um den Empfängern einen angemessenen Lebensstandard und eine echte soziale Eingliederung zu gewährleisten. Noch besorgniserregender ist diese Situation für die Empfänger des Einkommens für schwerbehinderte Menschen (RPGH), die aufgrund einer körperlichen,

geistigen, sensorischen oder psychischen Behinderung dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

Die RPGH ist oft ihre einzige Einkommensquelle und bleibt im Hinblick auf das Referenzbudget und die Armutsgefährdungsschwelle bei weitem unzureichend. Der OGBL fordert daher eine strukturelle Aufwertung des REVIS und des RPGH, mit einer automatischen Anpassung an den gesetzlichen Mindestlohn.

— Automatische Anpassung der Teuerungszulage an die Lebenshaltungskosten

Die für 2026 geplante Anhebung der Teuerungszulage und der Energieprämie ist zwar zu begrüßen, doch das derzeitige System, das auf jährlichen Entscheidungen der Regierung basiert, kann nicht angemessen auf den kontinuierlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten reagieren.

Der OGBL plädiert für eine automatische gesetzliche Indexierung dieser Leistungen. Darüber hinaus müssen die Einkommensobergrenzen, die einen Anspruch auf diese Beihilfen begründen, angehoben werden, um den Kreis der potenziellen Begünstigten zu erweitern.

— Universeller Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen

Der OGBL lehnt jede Infragestellung des universellen Zugangs zur Gesundheitsversorgung sowie jede Politik der Privatisierung oder Kommerzialisierung der Gesundheitsdienste, die zu einer Zweiklassenmedizin führen würde, entschieden ab.

Dies bedeutet die Beibehaltung der Konventionierung für niedergelassene Ärzte und die Zuweisung ausreichender Haushaltsmittel, um das Gesundheitssystem weiterzuentwickeln und an technologische und gesellschaftliche Veränderungen anzupassen. Um den Zugang zur Gesundheitsversorgung für die am stärksten benachteiligten Menschen zu gewährleisten, unterstützt der OGBL auch die Entwicklung der universellen Krankenversicherung (CUSS), damit alle derzeit nicht versicherten Personen erfasst werden.

— Wirksame Maßnahmen gegen preäre Wohnverhältnisse

Die Wohnungskrise ist einer der Hauptfaktoren für das steigende Armutsrisko in Luxemburg. Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum bleibt für einen Großteil der Bevölkerung äußerst schwierig, insbesondere aufgrund der verschärften Bedingungen für die Vergabe von Immobilienkrediten, die vielen Haushalten den Zugang zu Wohneigentum verwehren. Diese Situation hat zu einem starken Druck auf den Mietmarkt geführt, ohne dass es ausreichende politische Maßnahmen gibt, um den Anstieg der Mieten einzudämmen.

Angesichts dieser Entwicklung kritisiert der OGBL die Unwirksamkeit des derzeitigen Rechtsrahmens und fordert die rasche Einführung einer echten Mietobergrenze, die die Entwicklung der Einkommen und Preise berücksichtigt. Er fordert außerdem eine Reform der Mietkommissionen, einschließlich ihrer Professionalisierung und einer verstärkten Kontrolle der Wohnbedingungen, um gegen unzumutbare Wohnverhältnisse vorzugehen. Der OGBL betont darüber hinaus, dass die übermäßige Konzentration von Grundbesitz die sozialen Ungleichheiten verschärft, und kritisiert eine Regierungspolitik, die sich zu sehr auf Steuervergünstigungen für private Bauunternehmer konzentriert, zum Nachteil des Allgemeinwohls.

Um eine nachhaltige Antwort auf die Krise zu finden, empfiehlt der OGBL die Einführung einer progressiven Grundsteuer für Großgrundbesitzer, wobei der Hauptwohnsitz davon ausgenommen bleibt, sowie die Einführung von Steuern auf Grundstücksshortung (Mobilisierungssteuer) und leerstehende Wohnungen. Schließlich betont er die Notwendigkeit, das Angebot an erschwinglichem Wohnraum durch öffentliche Investitionen, die gerecht auf alle Gemeinden verteilt sind, massiv zu erhöhen und die Hilfen für die Energiewende zu verstärken, insbesondere durch die Wiedereinführung von zinslosen Klimakrediten und die Einführung von Mechanismen, die die Mietneutralität nach energetischen Sanierungen gewährleisten.

Ni eleng
géint
sozial
Ongerech-
tegkeit!

Gidd Member: hello.ogbl.lu

ogbl.lu — 

OGB-L
— D'GEWERKSCHAFT